

## AKTUELL

## KORRUPTION

# Tückische Grauzone

Anina Valle Thiele

**Wann ist Vorteilsnahme erlaubt, und wo beginnt Bestechung? Der gerade publizierte Greco-Staaten-Bericht liefert für Luxemburg Empfehlungen, die als Basis für einen Wertekodex dienen könnten.**

Wenn Luxemburg, wo irgendwie jeder jeden über zwei Ecken kennt und es an der Tagesordnung ist, dass eine Hand die andere wäscht, attestiert wird, dass Korruption kaum eine Rolle spiele, muss man schon ein wenig schmunzeln. „Le Luxembourg fait partie des pays membres du GRECO traditionnellement peu touchés par la corruption“, resümiert der europäische Staatenbericht die seiner Meinung nach rosige Lage im Großherzogtum. Ähnlich positiv fällt das Urteil der NGO „Transparency International“ aus, nämlich dass Luxemburg zu den Ländern mit verhältnismäßig geringer Korruptionsgefahr gehört. Einer mittlerweile zwei Jahre alten Eurobarometer-Umfrage zufolge halten lediglich 34 Prozent der Luxemburger Bestechung für ein drängendes Problem, der EU-Durchschnitt liegt bei 74 Prozent. Trotzdem sind 27 Prozent der Luxemburger - gegenüber 19 Prozent im EU-Durchschnitt - der Ansicht, dass Korruption im Großherzogtum weit verbreitet ist.

Ob bzw. in welchem Grad Parlamentarier und Justiz bestechlich sind - dies soll der GRECO-Bericht (Groupe d'Etats contre la corruption) einer Gruppe von Staaten des Europarats, die 1999 von 17 Mitgliedern zur europaweiten Bekämpfung der Korruption gegründet wurde, dokumentieren. Das Gremium hat in den vergangenen Monaten mit den politischen Parteien, der Abgeordnetenkammer, Vertretern der Judikative und NGOs Gespräche geführt. Ihre Ergebnisse sind in den vierten Greco-Bericht eingeflossen, der am Dienstag im Luxemburger Justizministerium in Anwesenheit einiger Abgeordneter der Presse präsentiert wurde.

## Bis dato keinerlei Ethikkodex

Der Bericht empfiehlt seinen Mitgliedstaaten, als wirksamen Kontrollmechanismus ein Regelwerk mit verbindlichen Wertmaßstäben (règles et normes déontologiques) aufzustellen. Bis dato gibt es in Luxemburg keinerlei solchen Ethikkodex zur Verhinderung von Bestechung oder unzulässiger Beeinflussung. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wird derzeit von der

Regierung ausgearbeitet. Der Greco-Bericht legt den Parlamentariern überdies nahe, ihre Einkünfte und die von ihnen geleisteten Abgaben offenzulegen. Die Forderung der Transparenz der finanziellen Beziehungen soll sich auch auf die Angehörigen beziehen, wobei der Begriff „Angehörige“ noch recht unbestimmt ist. Einen Eingriff in die Privatsphäre sehen hierin die Luxemburger Abgeordnete Anne Brasseur (DP) und Paul-Henri Meyers (CSV). Ferner fordert der Bericht, dass Geschenke aller Art an Parlamentarier prinzipiell verboten werden sollten, mit der Ausnahme von Reisen. Doch gerade hier liegt die Grauzone: was Bestechung, Vorteilsnahme, Lobbyismus und was nur ein Freundschaftsdienst ist, bedarf einer klaren Festlegung. Denn wie ist es beispielsweise zu bewerten, wenn ein sozialistischer Abgeordneter die vom Bauunternehmer Flavio Becca gesponserten Reisen zu Spielen des FC Bayern München in Anspruch nimmt? Wann sind Geschenke „nur“ Geschenke?

Der Greco-Bericht enthält aber auch Empfehlungen an den Justizapparat. So wird unter anderem geraten, die Aufstiegsriterien im Rahmen des zu gründenden Nationalen Justizrates transparenter zu gestalten und die Verwaltung der Gerichte zu verbessern, um der Gefahr von Interessenskonflikten zu begegnen. „Ich übe seit 28 Jahren mein Amt als Schöffin für Arbeit, Sport und andere Dossiers aus, die große Budgets betreffen, und niemand hat mich je bestochen oder versucht, mich zu bestechen“, beteuerte Anne Brasseur auf der Pressekonferenz. Versteht man unter Korruption im strengen Sinne nur die direkte Bestechung, wie man sie aus Mafiafilmen kennt - ein Bündel Scheine für eine konkrete Gefälligkeit -, dann kann man der resoluten DP-Deputierten ihre Versicherung abnehmen. Ob der eine oder andere Blumenstrauß, die Flasche Chateauf-neuf-du-Pape oder die Essenseinladung mit Hintergedanken verbunden ist, kann schließlich niemand wissen.

Klar ist, dass es dringend eines in Gesetzesform gegossenen Regelwerks bedarf, das überhaupt ethische Prinzipien zugrundelegt. Ob die Ausarbeitung eines solchen Codes der noch amtierenden Regierung gelingen wird oder ob die Projekte „Verfassungsreform“ und „Ethikkodex“ doch durch Neuwahlen weiter verschleppt werden, steht noch in den Sternen.

## SHORT NEWS

## 500 Kilometer Radpisten in Planung

(rg) - Geht es nach Infrastrukturminister Claude Wiseler, dann wird Luxemburg am Ende des Jahrzehnts über 1.100 Kilometer Radwege in der freien Fläche verfügen. Wobei hervorzuheben ist, dass die innerstädtischen Radwege in dieser Zahl nicht einbegriffen sind. 600 Kilometer nationaler Radwege sind heute bereits realisiert. Um sein Vorhaben voranzutreiben, legt der Minister nun ein neues Gesetz auf, das die entsprechenden Vorgaben des Radpistengesetzes aus dem Jahre 1999 ersetzen soll. Das alte Gesetz war zu rigide, weil es den Verlauf des nationalen Radwegenetzes auf den Meter genau festlegte. Als Folge davon konnten, nach anfänglich raschem ersten Ausbau, über 150 Kilometer Radpisten, die eigentlich schon seit über 10 Jahren überfällig sind, bis jetzt nicht fertiggestellt werden. Probleme mit Enteignungen oder mit dem Naturschutz blockierten ganze Projekte. Oder sie führten zu Unterbrechungen einzelner Strecken, die dem Spaß am Radfahren nicht gerade förderlich waren. Wiselers Trick: Es werden keine festgelegten Verläufe mehr vom Gesetz vorgeschrieben, sondern nur die Anfangs- und Endpunkte sowie wichtige, von den Radwegen zu erschließende Zwischentappen, angegeben. Dazwischen wird dann die günstigste, beziehungsweise am einfachsten zu realisierende Verbindung gesucht. Neu im Gesetz ist auch die Möglichkeit, den Kommunen unter die Arme zu greifen, damit diese ihre lokalen Radwege an das nationale Netz anschließen. Wiseler hofft, bis 2020 den Anteil der „sanften Fortbewegung“ von derzeit 13 auf dann 25% erhöhen zu können. Schließlich liegen, so sein Kalkül, 40% der täglich gemessenen 1,66 Millionen Bewegungen in Luxemburg unter der Marke von drei Kilometern.

## Empörung über neues Fleisch-Label

(avt) - Im Rahmen einer Aktion vor dem Parlament haben sich am Montag Bio-Lëtzebuerg, Mouvement Ecologique und natur&environnement über die Vielzahl an (Bio-)Siegel und die durch sie verursachte Verwirrung der VerbraucherInnen Luft gemacht. Eigentlich sollte es eine Vereinfachung und Harmonisierung dieser Siegel geben, doch tatsächlich würden nur immer weitere Bezeichnungen auf den Markt geworfen. Kaum ein Kunde weiß noch, welche Qualitätskriterien mit den einzelnen Labels verbunden sind. Statt an einer Umsetzung dieses Prinzips zu arbeiten, habe das Nachhaltigkeitsministerium, respektive die Natur- und Forstverwaltung, mit dem „Naturschutzfleisch“-Label nun ein weiteres Qualitätssiegel eingeführt, das im Verlauf der „Foire agricole“ vorgestellt werden soll. Unter den diversen Naturpark-Labels sei dieses nur eines von vielen, die nicht halten, was sie versprechen. So würden Tierhaltung, Tierrassen, Schlachtung und Transport von nicht unumstrittenen Ganzjahresbeweidungs-Projekten der Natur- und Forstverwaltung stammen, monieren die Organisations und fordern die Regierung auf, das Label zurückzuziehen. Für untragbar gilt auch, dass das Label damit wirbt „noch besser als bio“ zu sein.

## Bâtiment: en route vers la grève

(dv) - Au mois de mai, les secteurs du bâtiment des syndicats OGBL et LCGB avaient tenu une conférence de presse commune pour annoncer leur volonté de s'engager sur la voie de la grève. Mais le front commun s'est quelque peu fissuré : après consultation interne, seuls 25 pour cent des affiliés du LCGB se sont prononcés en faveur d'une grève, alors qu'un quorum de 75 pour cent était nécessaire. Toutefois, le LCGB avait fait savoir qu'il n'excluait pas d'autres modes d'action. L'OGBL a pour sa part opté pour une stratégie plus offensive : bien qu'il ne soit pas arrivé au terme de la consultation (mais selon ses dires, 99 pour cent des consultés sont favorables à la grève), il mobilise déjà et a même fait connaître la date : la grève aura lieu le 17 juillet. Pour autant, le LCGB n'a pas complètement déposé les armes. Ce vendredi, date à laquelle l'actuelle convention collective viendra à échéance, les affiliés du LCGB seront réunis en meeting à Kehlen « pour lancer un dernier appel au patronat » et lui rappeler ses trois revendications principales portant sur le système des intempéries, une augmentation de salaire et le respect du temps de travail de 40 heures hebdomadaires. « D'ici là, nous en saurons peut-être déjà plus. Si le patronat ne réagit pas ou refuse nos revendications, alors les salariés, sans convention collective, n'auront plus rien à perdre », explique Christophe Knebler, porte-parole du LCGB. Ce qui signifie un retour aux urnes afin de rejoindre l'OGBL le jour de grève.